

Biberach, 14.02.2007

Beschlussvorlage

**Drucksache
Nr. 30/2007**

Beratungsfolge			Abstimmung		
Gremium	öffentlich	Sitzungsdatum	Ja	Nein	Enth.
Hauptausschuss	Nein	26.02.07			
Gemeinderat	Ja	05.03.07			

Bildung eines gemeinderätlichen Integrationsausschusses; Antrag der Freien Wähler vom 18. Januar 2007

I. Beschlussantrag

Der Gemeinderat bildet einen Integrationsausschuss als beratenden Ausschuss.

Der Integrationsausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Bestandsaufnahme der Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Biberach,
- b) Anhörung der Betroffenen und der verschiedenen, bereits aktiven Organisationen,
- c) Bündelung der verschiedenen Aufgaben,
- d) Aufstellung eines Maßnahmenkataloges und mögliche Umsetzung für eine verbesserte Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei sollen vor allem die positiven Stärken und Möglichkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund herausgestellt werden.

Der Integrationsausschuss besteht aus 14 Mitgliedern. Folgende Stadträte werden in den Ausschuss gewählt:

- a) 6 Mitglieder der CDU-Fraktion:
- b) 3 Mitglieder der SPD-Fraktion:
- c) 2 Mitglieder der UB-/FW-Fraktion:
- d) 2 Mitglieder der Fraktion der Grünen:
- e) 1 Mitglied der FDP:

II. Begründung

Spätestens seit dem neuen Zuwanderungsgesetz, das am 01.01.05 in Kraft getreten ist, ist auch politisch eine Klärung erfolgt: Deutschland ist ein Zuwanderungsland und wird mit Blick auf den demografischen Wandel eine strukturierte Zuwanderung fördern müssen. Die kommunale Bedeutung wurde bereits 2004 vom Deutschen Städte- und Gemeindebund in einem 10-Punkte-Papier zusammengefasst (Anlage 2).

Darüber hinaus gibt es zunehmend Initiativen in unserer Stadt, die strukturiert werden sollten, wie z. B. die Initiativen aus dem Sport und Stadtjugendring. Auch die Agenda-Gruppen hatten das Thema bei der Klausurtagung 2005 besetzt und dessen Bedeutung bei der Sitzung der Initiativgruppe am 01.12.06 nochmals unterstrichen.

Gerade unsere Region braucht eine offensive Zuwanderungspolitik. Bereits heute beklagt die Wirtschaft bei einer Arbeitslosenquote von 3,5 % einen akuten Fachkräftemangel.

Bei der intensiven Beschäftigung mit dem Thema hat sich gezeigt, dass es in Biberach bereits viele gute Angebote zur Integration gibt - allerdings sind diese Angebote Insellösungen und überwiegend defizitorientiert. Deshalb sollte in der Arbeit des gemeinderätlichen Gremiums gerade die gewollte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Fokus stehen. Daher die Ergänzung zum Antrag der Freien Wähler unter I.2. des Beschlusantrages. In diesem Zusammenhang verweise ich auf mein Positionspapier (Anlage 3).

Ich schlage die Einrichtung eines beratenden und nicht beschließenden Ausschusses vor, da hierfür keine Hauptsatzungsänderung erforderlich ist. Ein beratender Ausschuss kann dementsprechend auch durch einen Gemeinderatsbeschluss jederzeit wieder aufgelöst werden, was dem Antrag der Freien Wähler entspricht.

Fettback

Anlagen (bitte gesondert ausdrucken)

- 1 Antrag FW 18.01.07 "Integration als GR-Aufgabe"
- 2 DtGB 19.10.04 "10 Punkte Zuwanderung/Integration"
- 3 OB-Positionspapier 04.01.07 "Integration"